

spotlight europe

2009/09 – September 2009

Irland – zweiter Versuch

Dominik Hierlemann

Bertelsmann Stiftung, dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de

Die Iren stimmen am 2. Oktober ein zweites Mal über den Vertrag von Lissabon ab. Dann wird sich zeigen, ob die EU nach acht Jahren Diskussion und vielen Anläufen eine neue Vertragsgrundlage erhält. Wie stehen die Chancen dazu? Ein Überblick über den Ratifizierungsprozess, die Stimmung in Irland, die Folgen der Wirtschaftskrise – und fünf Szenarien im Falle eines erneuten „Nein“.

spotlight europe # 2009/09

Ratifizierung im Überblick

Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft, sobald ihn alle 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert haben. 23 Länder haben das Vertragswerk mittlerweile gebilligt. In Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik stimmten jeweils beide Parlamentskammern zu. Zum formalen Abschluss des Verfahrens fehlen hier lediglich noch die jeweiligen Unterschriften der Staatsoberhäupter unter den Ratifizierungsurkunden. Fehlt also noch Irland.

In Deutschland dürfte Bundespräsident Horst Köhler nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon und den gesetzlichen Nachbesse-

rungen während der Sommermonate demnächst zum Füller greifen und unterschreiben. Auch sein polnischer Präsidentenkollege Lech Kaczynski wird den Reformvertrag trotz seiner europaskeptischen Grundhaltung wohl ebenfalls unterzeichnen, wenn alle anderen 26 EU-Staaten mit im Boot sind.

Etwas schwieriger ist die Lage dagegen in der Tschechischen Republik: Staatspräsident Václav Klaus lässt keine Gelegenheit aus, die EU zu brandmarken und mit juristischen Finten weitere Vertiefungsschritte zu verhindern. Obwohl nach dem Abgeordnetenhaus im Mai endlich auch der Senat zugestimmt hat, sieht der selbsternannte „EU-Dissident“ Klaus keinen Grund zur Eile. Bei seiner Verzögerungstaktik kommt ihm gelegen, dass einige seiner

ODS-Parteifreunde eine weitere Verfassungsbeschwerde gegen den Vertrag von Lissabon einreichen wollen. Es ist aber kaum vorstellbar, dass die Verfassungsrichter bei einer zweiten Prüfung anders entscheiden als noch im November 2008, als sie bereits einige umstrittene Vertragspassagen als verfassungskonform gebilligt hatten.

Sollte es dem tschechischen Präsidenten dennoch gelingen, den Ratifizierungsprozess bis zur britischen Unterhauswahl im Mai/Juni 2010 zu verschleppen, dann könnte das Vertragswerk doch noch scheitern. David Cameron, der Vorsitzende der europaskeptischen Konservativen, hat für den Fall seines (wahrscheinlichen) Wahlsieges bereits angekündigt, dass er die britische Zustimmung zurückziehen und den Vertrag einer Volksabstimmung unterwerfen will. Das würde das sichere Aus für den Reformvertrag bedeuten.

Doch zunächst liegt der Ball erneut bei den Iren. Sollten die irischen Wähler beim anstehenden Referendum ihre Zustimmung zum Vertrag von Lissabon geben, dann stünden die Chancen für das Inkrafttreten des neuen Primärrechts bestens.

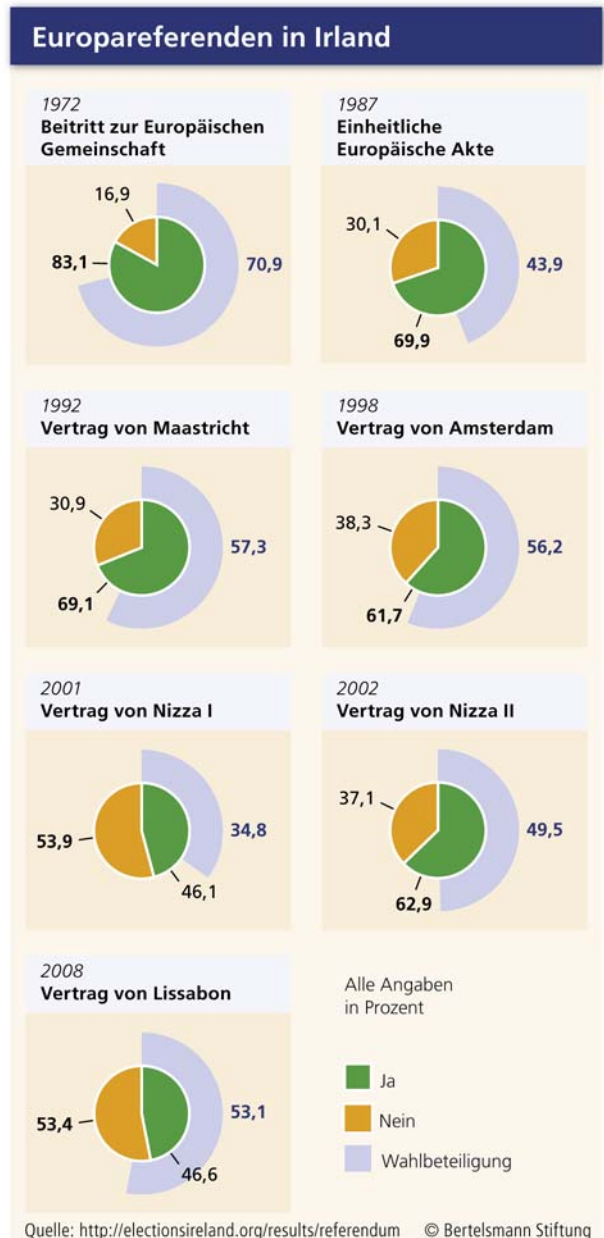
II

Ablehnung und Verhandlung

Die Iren haben den Vertrag von Lissabon beim Referendum am 12. Juni 2008 abgelehnt, oder blieben der Wahlurne fern, weil sie zu wenig über die Vertragsinhalte wussten und sich schlecht informiert fühlten. Die wichtigsten Motive für die Ablehnung waren die weitverbreitete Sorge vor dem Abbau von Arbeitnehmerrechten, einer schleichenden Militarisierung Irlands sowie einer Aufweichung des restriktiven irischen Abtreibungsrechts. Wenig begeistert zeigten sich die Iren auch von der ursprünglich vorgesehenen Verkleinerung der Kommission - ein eige-

ner EU-Kommissar für Irland sollte es auch in Zukunft sein.

Nach dem Scheitern des ersten Referendums hat die irische Regierung zahlreiche rechtliche Garantien für sich ausgehandelt. Beim EU-Gipfel am 18./19. Juni 2009 ließ sich Premierminister Brian Cowen ei-



ne Erklärung absegnen, mit der die größten Bedenken der irischen Wähler ausgeräumt werden sollen. Der Europäische Rat stellt klar, dass das irische Abtreibungsrecht durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ebenso unangetastet bleibt wie die Steuerhoheit und die traditionelle

Politik der militärischen Neutralität. Außerdem darf auch weiterhin jeder Mitgliedstaat einen eigenen EU-Kommissar nominieren.

Daneben verabschiedete der Europäische Rat eine „Feierliche Erklärung zu den Rechten der Arbeitnehmer, zur Sozialpolitik und zu anderen Angelegenheiten“, in der – allerdings ohne direkten Bezug auf Irland – die große Bedeutung sozialer Fragen für die EU hervorgehoben wurde.

Durch einen juristischen Trick muss das Ratifizierungsverfahren in den anderen Mitgliedstaaten nicht erneut aufgerollt werden: Der Beschluss der Staats- und Regierungschefs ist rechtlich bindend und wird am Tag des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrags wirksam. Damit die Garantien aber auch uneingeschränkten Vertragsstatus erhalten, werden sie nach der Ratifizierung des nächsten Beitrittsvertrags (vermutlich mit Kroatien im Jahr 2010/2011) als Zusatzprotokoll an den Vertrag von Lissabon angehängt.

III

Wirtschaftskrise

In der Wirtschafts- und Finanzkrise herrscht beim ehemaligen „keltischen Tiger“ Katerstimmung. Letztlich sind es die Faktoren für den Wirtschaftsboom der vergangenen 25 Jahre, die in der Krise ihre Schattenseiten zeigen: die enge Verflechtung mit der kriselnden US-Wirtschaft, die Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen, die Belastung der exportorientierten Wirtschaft durch den Euro-Kurs sowie das Platzen der Immobilienblase mit ihren Folgen für das Finanz- und Baugewerbe. 94 Prozent der Iren beurteilen die [wirtschaftliche Lage](#) in ihrem Land als schlecht, und nur bescheidene 17 Prozent rechnen damit, dass die Wirtschaft im kommenden Jahr wieder in Schwung kommt.

Besonders betroffen sind weiterhin die irischen Banken: Nachdem die Regierung be-

reits im September 2008 eine Garantie von bis zu 400 Milliarden Euro für alle Bank-einlagen abgegeben hatte, musste sie Anfang des Jahres die beiden größten Banken des Landes (Bank of Ireland, Allied Irish Banks) mit einer Finanzspritze in zweistelliger Milliardenhöhe stützen und die Anglo Irish Bank verstaatlichen. Im April 2009 wurden in Dublin die Pläne zur Einrichtung einer staatlichen „Bad Bank“ vorgestellt. Das umstrittene Modell ist derzeit eines der größten politischen Streitthemen in Irland: Die Opposition hat für das Gesetzgebungsverfahren ihren Widerstand angekündigt.

Besorgniserregend ist auch die dramatische Haushaltslage in Irland, die ein staatliches Konjunkturprogramm zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft unmöglich macht. Stattdessen wächst nach den milliardenschweren Maßnahmen zur Bankenrettung der Druck auf die Regierung, die ausufernden Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen. Premierminister Brian Cowen hat zwei Experten-Kommissionen eingesetzt, die umfassende Sparmaßnahmen vorgeschlagen haben. Demnach sollen 17.000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, drastisch im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen gespart und neue Steuern und Abgaben auf Immobilien, Wasser und das Kindergeld eingeführt werden.

Die Vorschläge haben in weiten Kreisen der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Es widerspricht jeglicher politischer Logik, warum die Regierung die Debatte über die umstrittenen Spar- und Steuerpläne ausgerechnet kurz vor dem Referendum ausgelöst hat. Eine Protestabstimmung gegen die unbeliebte Regierung aus konservativer Fianna Fáil und Grünen könnte die Folge sein. Laut aktuellen Umfragen befürworten 75 Prozent der Iren einen Regierungswechsel sowie ein Vorziehen der Unterhaus-Wahlen, die eigentlich erst wieder 2012 anstünden. Die amtierende Koalition erreicht dabei in Wahlumfragen nur blamable 20 Prozent.

Andererseits könnte ausgerechnet die Wirtschafts- und Finanzkrise dabei helfen, den Iren die Zustimmung zum Vertrag von Lissabon schmackhaft zu machen: Mehr denn je sehen die Inselbewohner in der EU einen sicheren Hafen, der Zuflucht vor den Stürmen der Weltwirtschaft bietet. **44 Prozent** der Iren sind überzeugt davon, dass der Euro die negativen Auswirkungen der aktuellen Krise gemildert hat. Nur 30 Prozent glauben, dass Irland mit dem irischen Pfund besser geschützt gewesen wäre.

Irland zählt auch in der Krise weiterhin zu den Mitgliedstaaten, dessen Bürger mit am positivsten gegenüber der europäischen Integration eingestellt sind. Nimmt man die Zahlen des jüngsten **Eurobarometers**, dann denken 69 Prozent der Iren – gegenüber 53 Prozent im EU-Durchschnitt –, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU „eine gute Sache“ ist. Sogar 79 Prozent sind davon überzeugt, dass Irland von seiner Mitgliedschaft in der EU profitiert.

Bei den bisherigen Referenden zeigte sich jedoch, dass positive Umfragewerte noch lange keine Garantie für eine entsprechende Zustimmung sind. Ganz offensichtlich gibt es in Irland eine große Gruppe von „soft supporters“. Diese sind zwar grundsätzlich proeuropäisch eingestellt, bleiben aber ohne aktive Mobilisierung der Wahl fern oder stimmen sogar mit „Nein“.

IV

Kampagne

Seit Jahresanfang zeigen Meinungsumfragen eine konstante Mehrheit für die Vertragsbefürworter: **Mitte September** sagten knapp zwei Drittel der Iren, sie würden beim Referendum mit „Ja“ stimmen. Im Unterschied zum Vorjahr liegt der Anteil der Unentschlossenen diesmal auf einem niedrigeren Niveau um die 20 Prozent, und auch die Mobilisierung der Vertragsbefürworter scheint besser zu gelingen. Die **Umfragen** deuten zudem darauf hin, dass die Informationskampagne des Ja-Lagers Früchte trägt: Die Mehrheit von 60

Prozent der Wahlberechtigten gibt an, die Inhalte des Vertrags von Lissabon zu verstehen.

Zu den wichtigsten Protagonisten im **Ja-Lager** zählen neben den großen Regierungs- und Oppositionsparteien zahlreiche neue Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Die Vertragsbefürworter haben deutlich an Schlagkraft gewonnen und sind besser für die Zielgruppenansprache gerüstet als noch 2008. Zu den neuen Akteuren zählt u.a. „**Ireland for Europe**“ unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Pat Cox, der von weiteren Prominenten aus Showgeschäft, Sport und Wirtschaft unterstützt wird. „**We Belong**“ und „**Generation Yes**“ richten sich besonders an junge Wähler, die beim vergangenen Referendum mehrheitlich mit „Nein“ stimmten.

Interessant sind auch zwei Pro-Lissabon-Kampagnen aus der Wirtschaft: Ryanair-Chef Michael O'Leary will sich laut eigener Aussage nicht auf die „**inkompetenten**“ Politiker verlassen. Das Engagement von Intel hat besondere Symbolkraft. Noch im Mai hatte die EU-Kommission gegen das Unternehmen ein Rekord-Bußgeld von 1,06 Mrd. Euro wegen Missbrauchs der Marktposition und Wettbewerbsverzerrung verhängt.

Das **Nein-Lager** umfasst eine völlig heterogene Mischung von Gruppierungen vom rechten und linken Rand des politischen Spektrums. Insgesamt fehlen der Nein-Kampagne dieses Mal jedoch Gesicht, Stimme und auch das nötige Geld. Das liegt vor allem daran, dass die Anti-Lissabon-Bewegung **Libertas** sich nach ihrem desolaten Abschneiden bei der Europawahl zunächst zurückgezogen hatte. Inzwischen hat sich ihr Chef Declan Ganley zwar wieder zurückgemeldet, aber der Mobilisierungseffekt ist gering geblieben.

Schützenhilfe erhält das Nein-Lager von den Europakritikern der britischen UK Independence Party, die seit der Europawahl

mit 13 Abgeordneten im Europaparlament vertreten ist. Die UKIP hat knapp 1,5 Mio. [Broschüren](#) mit dem Titel „Die Wahrheit über den Vertrag von Lissabon“ an die irischen Haushalte verschickt und behauptet darin etwa, der Vertrag würde zu einer Masseneinwanderung aus der Türkei führen. Doch das Engagement der UKIP nutzt eher dem Ja-Lager, das die Kampagne prompt als anti-irisch darstellt: Welcher Ire will sich ausgerechnet vom britischen Nachbarn etwas vorschreiben lassen?

tragsgegnern gehören zudem Sinn Féin, die Socialist Party oder die „Campaign Against the EU Constitution“, eine Dachorganisation von 15 linken Gruppierungen.

Während das Ja-Lager weniger originelle Slogans wie „Irland braucht Europa“ (Fianna Fáil) oder „Ja zum Aufschwung, Ja zu Europa“ (Fine Gael) anbietet, setzen die Lissabon-Gegner erneut auf eine Angst-Kampagne mit verdrehten Fakten und Unwahrheiten. Ihre Plakate mit griffigen, emotional aufgeladenen Botschaften sollen die Angst der Iren vor dem Verlust von Freiheit, Einfluss und Geld schüren. Doch die Dynamik der Debatte hat sich verändert: Die Warnungen vor einer europaweiten Steuerharmonisierung, einer Liberalisierung des Abtreibungsrechts und einer Militarisierung Irlands erscheinen angesichts der von der Regierung ausgehandelten Garantien nicht mehr ganz so furchterregend wie noch im vergangenen Jahr. Daher konzentrieren sich die Lissabon-Gegner auf ein neues Thema: das scheinbare Untergraben von Arbeitnehmerrechten durch eine neoliberale EU-Wirtschaftspolitik.

Doch dieses Mal ist das Ja-Lager deutlich besser für den Kampf gegen Lügen und Verdrehungen gerüstet: Die Befürworter haben aus der glücklosen Kampagne des Vorjahres gelernt, dass den

Halbwahrheiten nur mit konsequente Aufklärungspolitik begegnet werden kann. Mit bemerkenswerter Entschlossenheit enttarnen Spitzenpolitiker, Journalisten und „Fakten-Checks“ im Internet die Argumente der Vertragsgegner als haltlose Falschbehauptungen. Neben der Professionalisierung der Kommunikationsarbeit

Der „keltische Tiger“ am Boden?



Wirtschaft schrumpft:

2008 ging die wirtschaftliche Leistung um 2,3 Prozent zurück. Schätzungen für 2009 liegen bei -7,9 Prozent, für 2010 immer noch bei -2,3 Prozent.



Arbeitslosigkeit verdoppelt sich:

Arbeitslosenquote stieg von rund 6 Prozent auf nun 12,5 Prozent. 2010 droht ein weiterer Anstieg auf 16 Prozent.



Staatsschulden steigen:

Die Staatsverschuldung schnell auf 60,8 des BIP im laufenden Jahr. Die EU-Kommission befürchtet sogar 200 Prozent bis 2020, wenn nicht drastisch gespart wird.



Netto-Neuverschuldung klettert:

2008 lag die Netto-Neuverschuldung bei 7,1 Prozent des BIP. Ökonomen rechnen 2009 mit 12,2 Prozent.

Quellen: Eurostat, ESRI, Handelsblatt

© Bertelsmann Stiftung

Vielleicht der auffälligste Akteur im Nein-Lager ist die konservative katholische Gruppierung C oir, die mit ihrer provokativen [Plakatkampagne](#) viel Aufmerksamkeit erregt hat. Ihre Hauptthemen sind ethische Fragen wie Abtreibung, Sterbehilfe und Stammzellenforschung. Zu den Ver-

setzt die Ja-Kampagne in diesem Jahr neben Medienpräsenz („air war“) auch stärker auf Straßenwahlkampf und Hausbesuche („ground war“).

Ein Manko bleibt allerdings, dass es den Vertragsbefürwortern nach wie vor schwer fällt, eine positive Begründung für die Zustimmung zum komplexen Vertragswerk zu liefern. Noch immer wird eher mit den zu erwartenden Kosten eines „Nein“ (u.a. Isolation Irlands in der EU, Abwandern von ausländischen Direktinvestitionen, Verstärkung der Wirtschaftskrise) argumentiert, als für ein überzeugendes „Ja“ zu werben.

V

Bei „Nein“? Fünf Szenarien

Die Chancen für ein „Ja“ im zweiten Anlauf stehen also gut. Kein Wunder, dass in Brüssel wieder einmal die Macht der Verdrängung zugeschlagen hat. Nur in Ansätzen wird darüber diskutiert, was passiert, falls die Iren ein zweites Mal mit „Nein“ stimmen. Der geneigte Beobachter fühlt sich an einen Vers des Dichters Christian Morgenstern erinnert: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf.“ Doch was geschieht, wenn die Iren den Vertrag von Lissabon doch ein zweites Mal ablehnen? Fünf Szenarien, mit ganz unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit, sind vorstellbar.

Erstens: Das Referendum wird wiederholt. In diesem Szenario würde der Lissabon-Vertrag zunächst unter dem größtmöglichen Bedauern in der Versenkung verschwinden, um ihn in ein oder zwei Jahren erneut den Iren zur Abstimmung vorzulegen. Die anderen EU-Partner würden betonen, dass sich an der Notwendigkeit eines neuen Grundlagenvertrags nichts geändert, im Gegenteil sie sogar zugenommen habe, und die Iren deshalb 2011 oder 2012 noch einmal befragt werden müssten. Was zunächst abwegig bis absurd anmutet, könnte in der Praxis von den Befürwortern einer solchen Option als letzter Rettungs-

anker für eine Weiterentwicklung der Integration dargestellt werden.

Doch jeglichen Gedankenspielen dieser Art sollte rasch begegnet werden. Im Kern gilt dabei das nicht nur von EU-Skeptikern ins Feld geführte Argument, man könne die Bürger nicht so oft abstimmen lassen, bis das richtige Ergebnis herauskomme. Letztlich geht es um nichts weniger als die demokratische Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Wenn die Iren also den Vertrag von Lissabon tatsächlich ein zweites Mal ablehnen, sollten die Staats- und Regierungschefs ein drittes Referendum definitiv ausschließen.

Zweitens: Die EU-Mitgliedstaaten handeln einen neuen Vertrag aus. Der Vertrag von Lissabon wird aufgeschnürt und komplett neu verhandelt. Grundlage eines derartigen Vorgehens wäre die Übereinkunft, dass die EU-27 mit dem Vertrag von Nizza nicht mehr regierbar ist. Selbst wenn die Staats- und Regierungschefs sich zu dieser Erkenntnis durchringen, blieben in der Praxis zahlreiche und kaum überwindbare Hürden.

EU-Staaten wie Italien oder Belgien, die einem Aufweichen des ursprünglichen Verfassungsvertrags nur widerwillig zugestimmt hatten, dürften sich vehement gegen jedwede weitere Verlangsamung der Integration stemmen. Auf der Gegenseite könnten Tschechien und vor allem Großbritannien die Vertragsverhandlungen – aufgrund veränderter innenpolitischer und auch gesamteuropäischer Vorzeichen – gar zu einem Totalrevirement europäischer Integrationspolitik nutzen. Nicht mehr, sondern weniger Integration wäre die Losung. Das Risiko, dass die EU aufgrund dieser Diskussion immer tiefer in einen Krisenstrudel hineingezogen werden würde, wäre größer als bei einem bloßen Nichtstun.

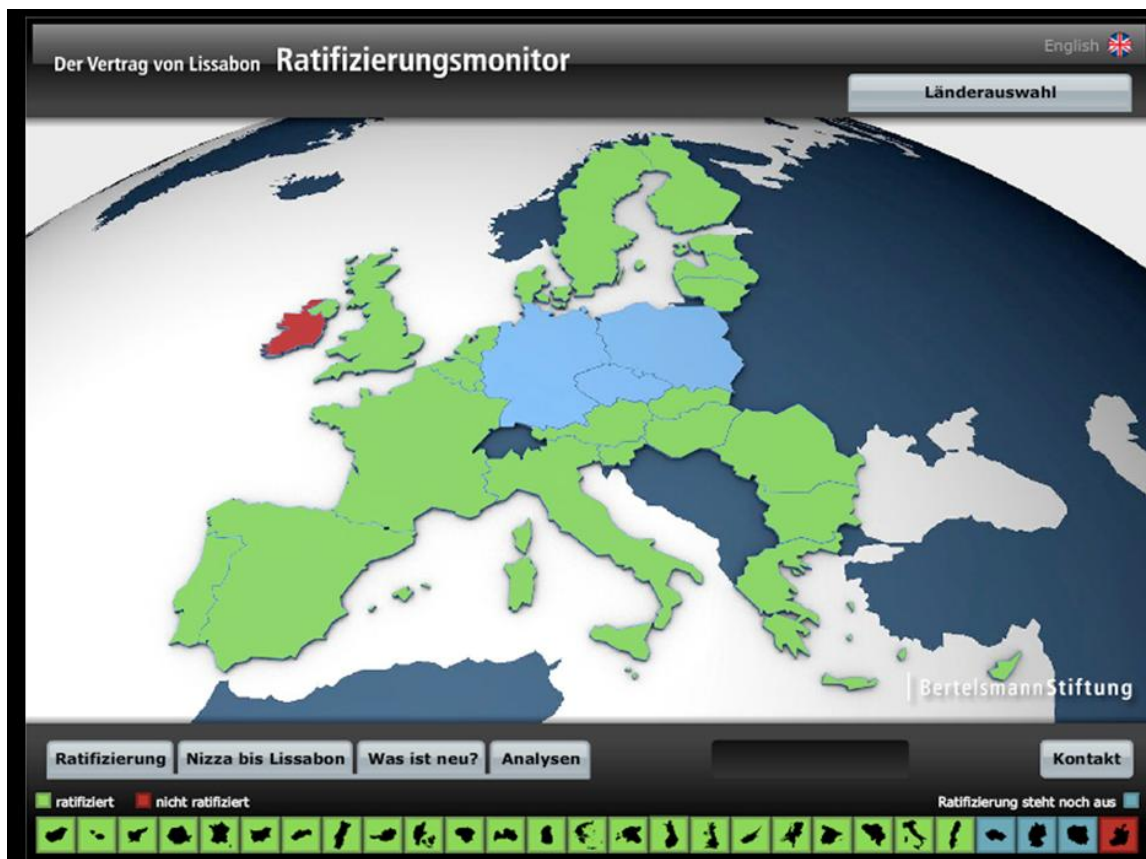
Drittens: Irland tritt aus der EU aus. Dieses Szenario wurde von zahlreichen europäischen Politikern – zumindest unter vorgehaltener Hand – bereits nach dem „Nein“ der Iren im ersten Referendum ins

Spiel gebracht. Wer sich zweimal gegen ein wichtiges Dokument des europäischen Fortschritts stellt, so das Argument, könne nicht weiter Mitglied der Europäischen Union bleiben.

Auch wenn die derzeitigen Vertragsregeln explizit keinen Austritt eines Mitgliedstaates aus der EU vorsehen, könnte Irland diesen Schritt jederzeit gehen. Schließlich gründet sich die Union auf völkerrechtlichen Verträgen, die auch wieder gelöst werden können. Aber könnte Irland zu einem Austritt aus der EU gezwungen werden, damit die anderen Staaten mit der Ra-

Viertens: Die Schaffung einer neuen supranationalen Union. Die Staats- und Regierungschefs der integrationsfreundlichsten EU-Länder könnten ein „Nein“ der Iren zum Anlass nehmen, um eine neue institutionelle Struktur außerhalb des EU-Rahmens zu schaffen. Sie würden aufbauend auf den Inhalten des Vertrags von Lissabon ihre Ideen einer immer engeren Zusammenarbeit der Staaten in Europa verwirklichen.

So weit die Theorie. In der Praxis dürfte derzeit kaum eine nationale Regierung in Europa die Kraft aufbringen, nationale



www.ratifizierungsmonitor.eu

tifizierung fortfahren können? Nein. Dieses Vorgehen wäre weder aus europäischer noch aus völkerrechtlicher Sicht möglich. Aus politischer Sicht wäre es für den europäischen Geist gar tödlich. Wie sollte die Politik ernsthaft den Bürgern erklären, dass sie die EU mit dem Vertrag von Lissabon demokratischer machen möchte, wenn sie das Votum eines Volkes ignorierte und dann dieses Land bestrafte?

Kompetenzen zu Gunsten übergeordneter Instanzen über Bord zu werfen. Auch und gerade die deutsche Politik nicht, die an das [Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts](#) gebunden ist. Es fehlt das politische Personal, das mit Entschiedenheit und Verve diese Integration anstreben würde. Und nicht zuletzt würde gerade dieser Schritt zu einer weiteren Entfremdung der Bürger mit dem europäischen

Projekt führen – in wirtschaftlich schwierigen Zeiten haben die Europäer wenig Verständnis für Zwist und kleinkrämerische Vertragsdiskussionen.

Fünftens: Der Vertrag von Nizza bleibt, mit minimalen Änderungen. Entgegen der offiziellen Vertragsrhetorik war in Brüssel in den vergangenen Monaten auch leises Zweifeln zu vernehmen. Die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Neuerungen bedeuten nach Meinung der europäischen Elite einen Fortschritt, aber in vielerlei Hinsicht sind die realen Folgen weder vorhersehbar noch bedacht. Schließlich weiß keiner, wie etwa die neu geschaffenen Ämter bzw. die Amtsinhaber miteinander harmonieren. Ja, man könne auch mit "Nizza" weiterleben.

In der Tat würde die Gesetzgebungsmaschine in Brüssel auch mit dem Vertrag von Nizza weiter funktionieren. Selbst Änderungen im institutionellen Gefüge wären möglich, wenn auch mühselig umsetzbar. So könnte das Amt eines Europäischen Außenministers ebenso geschaffen werden wie der Europäische Diplomatische Dienst.

Dazu braucht es keine neuen Verträge, lediglich den politischen Willen. Wenn Europas Politiker tatsächlich mehr Demokratie wagen wollen, dann könnten sie auch ein europäisches Bürgerbegehren schaffen, ohne dass dieses vertraglich verbrieft ist. In der Praxis könnte die Politik in Brüssel also durch interinstitutionelle Vereinbarungen zwischen den EU-Organen und bloße Änderungen in den Geschäftsordnungen zeigen, dass es ihr ernst ist, wenn sie mehr Demokratie in der EU verspricht.

In diesem Szenario, aus heutiger Sicht die wahrscheinlichste Option, würde sich die Union intern weiter differenzieren. All die Länder, die in bestimmten Politikbereichen enger zusammenarbeiten möchten, könnten dies im Sinne der oft propagierten, aber nie praktizierten „Verstärkten Zusammenarbeit“ tun. Klar ist jedoch auch: Der politische Elan, auf europäischer Ebene etwas Neues zu gestalten und weltweit den Einfluss zu vergrößern, wäre auf Jahre hinaus dahin.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2009/08
Mehr Europa wagen
Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2009/07
Präsidentenwahl im Iran -
Hoffnung auf Kooperation?
Christian-Peter Hanelt

spotlight europe # 2009/06
Im Osten was Neues
Cornelius Ochmann